

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/44

Bonn, den 4. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Blick in die Zukunft</u>	42
	Eine Zwischenbilanz vor dem Bundesparteitag der SPD	
2 - 3	<u>"Verrohende Einflüsse"?</u>	77
	Der Vietnamkrieg und die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften Von Martin Eirsch, MdB	
4 - 5	<u>Ein Sieg der Toleranz</u>	68
	Zur Schulreform in Nordrhein-Westfalen Von Klaus Rusticus, Hannover	
6	<u>Spaniens Sozialisten und die Monarchie</u>	38
	Dementi durch die Post zugestellt Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	

* * *

Blick in die Zukunft

Eine Zwischenbilanz vor dem Bundesparteitag der SPD

sp - Am vergangenen Wochenende haben mehrere Bezirks- oder Landeskonferenzen der SPD stattgefunden, auf denen - wie sollte es anders sein? - unter anderem auch Anträge diskutiert wurden, die zum Bundesparteitag in Nürnberg vorliegen. Zieht man eine Bilanz der Diskussionen, so ergibt sich, daß die Partei als Ganzes von der Parteiführung in zunehmendem Maße eine Politik fordert, die nicht an der notwendigen Bewältigung von Tagesaufgaben haften bleibt, sondern die in die Zukunft weist. Blicke auf die Vergangenheit werden nur noch selten geworfen. Es zählt die Gegenwart und das, was nach sozialdemokratischer Auffassung in den 70er Jahren zu geschehen hat.

Es sind nicht nur die jüngeren Parteimitglieder, die solche Forderungen an die Politik der Partei stellen. Auch ältere, oft schon in der Praxis langer Jahre ergraute Sozialdemokraten, fragen nach der Weg und nach dem Sinn von Zielsetzungen, in deren Rahmen sie ihre politische Arbeit stellen wollen. Das ist ein gutes Zeichen; es zeugt von dem Verantwortungsbewußtsein für das Heute und das Morgen.

Die große Arbeitskonferenz der SPD in Bad Godesberg im November vergangenen Jahres und die daraus entwickelten "Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Übergang zu den 70er Jahren" wirken sich jetzt aus. Der Parteivorstand war gut beraten, als er die "Perspektiven" rechtzeitig vor dem Würnoerger Bundesparteitag in den Bezirken zur Diskussion stellte. Gewiß wird das erste Dokument nicht alle Sozialdemokraten befriedigt haben. Die Tatsache aber, daß der Parteivorstand in den vergangenen Wochen fast 700.000 Exemplare dieser "Perspektiven" auf Wunsch der Organisation selbst und auf Drängen befreundeter Organisationen drucken und verschicken lassen mußte, ist ein Beweis für die Intensität, mit der die Gesamtpartei an der Formung sozialdemokratischer Politik beteiligt ist.

Hier und dort kann man hören oder lesen, die Sozialdemokraten seien mit sich selbst unzufrieden. Wenn Unzufriedenheit den Wunsch nach besserer Leistung ausdrücken soll, mag dies zutreffen. Wer mit sich selbst zufrieden ist, gerät in die Gefahr des Stillstandes. Eine durch die ganze Mitgliedschaft der Partei gehende Diskussion jedoch über weiterreichende politische Zielsetzungen ist gesund. Sie ist ein Zeichen der Stärke und ein Hinweis darauf, daß sich kein Sozialdemokrat mit dem Erreichten begnügen will.

Würde eines Tages gesagt werden müssen, die Sozialdemokraten beschieden sich mit der Feststellung, daß sie die Welt, in der wir leben, als die schönste aller Welten betrachten, wäre schon viel von dem verloren gegangen, was das Wesen der Sozialdemokratie ausmacht: das stets drängende Element des Fortschrittes zu sein.

Verrohende Einflüsse

Der Vietnamkrieg und die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften

Von Martin Hirsch, MdB

Das Bild ging durch die Weltpresse; nur dem Bonner Familienministerium ging es über die Schnur: Anfang Februar hatte die amerikanische Nachrichtenagentur American Press ein Foto vorbereitet, das zeigt, wie der südvietnamesische Polizeichef einen gefesselten Vietcong-Offizier erschießt.

Dieses Foto, das - nach vielen anderen Blättern - nun auch die Hamburger Illustrierte "Stern" veröffentlichte, nahm das Bundesfamilienministerium zum Anlaß, durch die "Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" in einem Eilverfahren den öffentlichen Verkauf der Illustrierten erst einmal verbieten zu lassen. Über die Rechtmäßigkeit des Verbots wird dann später entschieden werden...

Begründung für diesen ministeriellen Eilauftrag: das Foto übe einen "verrohenden Einfluß" aus.

Schlußfolgerung: Nicht rohe Gewalt, sondern die ungeschminkte Berichterstattung über sie ist "jugendgefährdend"!

Ich kann nicht nachprüfen, was an der Behauptung richtig ist, der gleichzeitige Bundesfamilienminister und CDU-Generalsekretär Heck habe das Schießfoto nur zum willkommenen Anlaß genommen, um den "Stern" für einen Leitartikel seines Chefredakteurs Nannen zur gegenwärtigen Auseinandersetzung um den Bundespräsidenten anzuschießen. Die offizielle Verbotsbegründung des Antragstellers und der Bundesprüfstelle ist auch schlimm genug, weil sie Erziehungsvorstellungen entspringt, die mit den Grundsätzen unserer freiheitlichen Demokratie genauso wenig vereinbar sind wie mit den Forderungen moderner Pädagogik.

Nach Art. 5 Abs. 2 Grundgesetz findet die Meinungsäußerungsfreiheit einschließlich der Pressefreiheit ihre Grenzen "in den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend". Eine solche Jugendschutzbestimmung enthält § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, dessen erster Absatz folgenden Wortlaut hat:

"Schriften, die geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich zu gefährden, sind in eine Liste aufzunehmen. Dazu zählen vor allem unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhaß abreizende sowie den Krieg verherrlichende Schriften."

Nach Abs. 2 darf eine Schrift aber

"nicht allein wegen ihres politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Inhalts"

auf den Jugendindex gesetzt werden; sie darf auch nicht indiziert werden,

"wenn sie im öffentlichen Interesse liegt, es sei denn, daß die Art der Darstellung zu beanstanden ist".

Das heißt aber doch wohl, daß Heck und die Bundesprüfstelle, die für die Durchführung dieses Gesetzes verantwortlich ist, meinen, das Bild von der Erschießung des Vietcong-Offiziers sei kein politisches Foto und seine Verbreitung liege auch nicht im öffentlichen Interesse.

Wird jedem Leser klar, was das bedeutet?

Die Jugend-Tugend-Wächter legen Wert darauf, das wahre Bild der barbarischen Mörderi in Vietnam zu vertuschen. Für sie liegt es im öffentlichen Interesse, daß die weitverbreitete Illusion bewahrt bleibt. In Vietnam gehe es nur um die Verteidigung der "Freiheit eines unterdrückten Volkes" gegen "den Ansturm des internationalen Bolschewismus". So hat es ausdrücklich noch vor wenigen Tagen der CSU-Politiker Jaeger formuliert.

Es war bis vor kurzem wahrlich nicht die deutsche Presse, die ihren deutschen Lesern das ungeschminkte Gesicht des Vietnam-Krieges vorzeigte. Wenn jetzt auch hiesige Zeitungen auf die Linie der internationalen Presse einschwenken und in unverzerrter Offenheit darstellen, wie sich der vietnamesische Bürgerkrieg mit dem ideologisch bedingten Weltmacht-Kampf zwischen den USA und China vermengt, dann kann das als ein Schritt zur radikalen politischen Aufklärung nur begrüßt werden.

Jugendgefährdend? Soll unsere Jugend denn in dem Wahn aufwachsen, dies sei die schönste aller Welten, das "Seid nett zueinander" sei unbestritten gültiges Grundgesetz des Völkerlebens? Schon beim allerersten Schritt auf selbständigen Beinen müßten sie feststellen, wie naechlerisch diese These ist, müßten sie feststellen, daß sie von staatswegen und mit gesetzlichen Mitteln belogen und betrogen worden sind. Liegt es im Sinne der Verfassungsbestimmung über den "Schutz der Jugend", wenn eben dieser Jugend die Wahrheit über politische Vorgänge verborgen wird? Gewiß, diese Wahrheit hat mit Omars Erbrennstunde nicht viel zu tun. Aber sollen deutsche Kinder in Märchenwelten eingelullt werden, während tausende vietnamesischer Kinder als unschuldige Opfer des Terrors beider Kriegsparteien ermordet werden? Nichts schützt Jugend so nachhaltig wie die Wahrheit. Der zuständige Minister setzt sich unnötig dem Verdacht aus, sein Amt zur Wahrung und Förderung des Familienwesens als Auftrag zum Schutz von Gartenlauben-Idyllen mißzuverstehen.

Ein Sieg der Toleranz

Zur Schulreform in Nordrhein-Westfalen

Von Klaus Rusticus, Hannover

Für die nach dem Stand vom 15. 10. 1967 genau 1 588 702 Schülerinnen und Schüler der 6 094 Volksschulen des Landes Nordrhein-Westfalen tritt mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. August eine einschneidende Veränderung ein: Etwa 500 000 Kinder der Klassen 5 bis 9 werden dann neu zu bildende "Hauptschulen der weiterführenden Bildung" besuchen, nachdem ihre schulorganisatorische Trennung von den altherkömmlichen Volksschulen vollzogen worden ist. Die Klassen 1 bis 4 werden "heimatverbundene" Grundschulen bilden, gleichwohl es - nach Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen - möglich sein wird, durch Antragstellung konfessionelle Hauptschulen einrichten zu lassen. Die Fahrkosten für die Schüler der neuen Hauptschulen werden zu 80 Prozent vom Land und zu 20 Prozent von den Gemeinden übernommen.

Verfassungsänderung mit großer Mehrheit

Mit großer Genugtuung blicke die Landesregierung auf das Abstimmungsergebnis des Landtags, erklärte Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) im Anschluß an die Sondersitzung, in der die für die Schulreform unerläßliche Verfassungsänderung und die Gesetzesnovellen zur grundlegenden Änderung eines wesentlichen Teils des nordrhein-westfälischen Schulrechts aus den Jahren 1950 und 1952 mit beeindruckender Mehrheit verabschiedet wurden. Lediglich neun Abgeordnete der CDU-Opposition stimmten dagegen, einer enthielt sich der Stimme. 172 Abgeordnete - mithin 38 mehr, als für die Verfassungsänderung erforderlich - gaben grünes Licht für die neue schulpolitische Konzeption der SPD/FDP-Koalition, deren wichtigster Inhalt darin gipfelt, daß Schule und Unterricht, Erziehung und Bildung eine flexible Einheit bilden.

Regierung suchte die Gemeinsamkeit

In seiner Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 hatte Regierungschef Kühn den verfassungsrechtlichen Anspruch eines jeden jungen Menschen auf Erziehung und Bildung sowie die Gleichheit der Bildungschancen unterstrichen. Zur gleichen Zeit hatte Kühn die nunmehr vollzogene Volksschulreform angekündigt.

Bereits am 27. 5. 1967 machte Kultusminister Fritz Holthoff

(SPD) den Landtag in Düsseldorf mit den gesetzlichen Neuregelungen vertraut. Dem konsequenten Einsatz des Ministerpräsidenten und des Kultusministers ist es vor allem zu verdanken, daß die daraufhin eingesetzten Diskussionen nicht überschäumten und in einen Schul- oder Kulturkampf ausarteten. Es war das erklärte Ziel der Regierung, für die Schulreform eine möglichst breite Mehrheit zu finden, und zwar nicht etwa im Hinblick auf die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung, sondern weil ein solches Reformwerk von außerordentlicher Tragweite der weitestreichenden Zustimmung bedarf. Erst dann wird es für die Jugend zukunftsbestimmend. Die Regierungsparteien SPD/FDP wollten gemeinsam mit der CDU-Opposition einen für Nordrhein-Westfalen historisch bedeutsamen Zeitabschnitt einleiten. Und das gelang nach zähen Ringen.

Kühn ließ keine Fahnen hissen...

In Düsseldorf pries man nicht etwa den Triumph. Kühn ließ auch keine Fahnen hissen. Fraglos ist ihm und seiner Regierung der politische Erfolg nicht abzusprechen, aber nach der von beiden Seiten gezeigten Kompromißbereitschaft trat man eher an diesem 29. 2. 1968 in allen Landtagsfraktionen auf: Das Landesparlament hat im größten Bundesland die Weichen für einen neuen modernen, ja auch ökonomisch zeitgerechten "Bildungsweg" gestellt. Nun aber müssen, wie es die Fraktionsvorsitzenden der SPD und CDU, **R a u** und **L e n z**, forderten, die Reformgesetze von der Städten und Gemeinden "im Geiste der Vernunft, der Toleranz und des Ausgleichs" realisiert werden. Es wäre wirklich, wie eine große Zeitung kommentierte, "verhängnisvoll, wenn nach dem Friedensschluß im NRW-Landtag der Krieg an den Fronten fortgesetzt würde". - Denn jetzt erst beginnt in den vielen Städten und Gemeinden des strukturell vielschichtigen Landes die Verwirklichung dessen, wofür die gesetzliche Basis geschaffen wurde. Dabei mögen sich alle Beteiligten zu der Erkenntnis durchringen, daß - so unterstrich es SPD-Fraktionschef Rau - "die Hauptschule auf den Grundlagen christlicher Bildungswerte" aufbaue. "Zur Freiheit des Christen gehört aber auch die Freiheit des Nichtchristen," - dieser Ausspruch aus gleichem Munde war ein Postulat: Die 172 Abgeordneten aller im Düsseldorfer Landtag vertretenen Parteien, welche dem Reformwerk zustimmten, haben erkannt, daß man sich ohne gegenseitige Toleranz nicht von schulpolitischen Ressentiments befreien kann.

Das gilt besonders für die Sprecher der Kirchen, die sich - sozusagen noch vor "Friedensschluß" - erneut mit Bedenken zu Wort meldeten. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen teilt diese Bedenken nicht.

Spaniens Sozialisten und die Monarchie

Dementi durch die Post zugestellt

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Spaniens verbotene traditionell demokratischen Parteien finden noch immer den Weg in die Öffentlichkeit. Wenn sie keine Versammlungen abhalten können, so erhalten die Auslandskorrespondenten die Stellungnahmen der Opposition durch die Post zugestellt. Diesen in Spanien nicht ungewöhnlichen Weg wählte die in der SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE vertretene "Spanische Sozialistische Arbeiterpartei" (PSOE), um eine von monarchistischer Seite ausgestreute Falschmeldung zu berichtigen. Die ultrarechten Monarchisten, die ein zuverlässiges Offizierskorps hinter sich wissen, hatten behauptet, auch die im Lande befindlichen Sozialdemokraten hätten sich für die Wiederherstellung der Monarchie, wenn auch nur als befristete Übergangslösung, ausgesprochen.

Die "New York Herald Tribune" verbreitete einen Bericht, der einerseits auf eine militärisch erzwungene Lösung der Restauration hinweist, andererseits einem nicht näher bezeichneten Sozialistenführer in den Mund legt, er sehe keine andere Möglichkeit als die Krönung des von Staatschef Franco abgelehnten "ewigen Thronbewerbers" Don Juan, Graf von Barcelona.

In der Stellungnahme der PSOE heißt es dazu wörtlich: "Unsere Partei stellt klar, daß die erwähnten Äußerungen nicht von unserer Seite kommen. Die PSOE wäre bereit, die Monarchie anzuerkennen, wenn ein ausreichend und in Freiheit informiertes spanisches Volk diese mehrheitlich mit dem Stimmzettel annähme. Dies entspricht der Linie, die unsere Parteitage vorgezeichnet haben, zuletzt der zehnte Parteitag in der Verbannung, der zwischen dem 12. und 15. August 1967 in Toulouse in Anwesenheit von Vertretern der sozialistischen Bruderparteien stattfand, unter anderem in Anwesenheit des SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein. Wir widersetzen uns jeder Monarchie, die den Francismus fortsetzen will."

Die spanische Presse ignorierte jetzt auch eine internationale Veranstaltung in Paris, die sich mit Problemen der politischen und kulturellen Zukunft Spaniens auseinandersetzte und an der Vertreter aller politischen Richtungen aus Spanien und den EWG-Ländern teilgenommen hatten. Dieser Kongreß hatte eine bessere Unterrichtung der Weltöffentlichkeit über die Entwicklungen in Spanien und eine stärkere Unterstützung der spanischen Arbeiter durch die in Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) vertretenen Mitgliedsorganisationen empfohlen.